

Medieninformation

Potsdam, 20. Januar 2016

"Keine Instrumentalisierung der Opfer!"

Aufruf zur Kundgebung gegen Menschenverachtung und Zynismus

Frauenrechte sind universelle Menschenrechte. Sie haben keine Nationalität.

Diejenigen, die heute am allerlautesten danach rufen, die Täter der Silvesternacht zu bestrafen, sind diejenigen, die Opfer von Männergewalt für ihre rassistische Meinungsmache benutzen. Das ist ein doppelter Missbrauch. Um die Frauen, ihre Sicherheit und Selbstbestimmungsrechte geht es ihnen nicht. Rassismus und Sexismus gehören zusammen und sind der Nährboden für soziale Ausgrenzung, Zwietracht und Zwang.

„Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“, sagt Ulrike Häfner, 1. Sprecherin des Frauenpolitischen Rates. „Bildung und ein aufgeklärtes Menschenbild sind der Schlüssel zur Integration und das beste Mittel gegen Gewalt.“

Cathrin Seeger, Sprecherin des Netzwerkes Brandenburgischer Frauenhäuser e.V., betont: „In Deutschland ist jede dritte Frau von Gewalt betroffen. Dies ist der eigentliche Skandal, aber gewiss kein neues, durch Migration geprägtes Phänomen.“

Wir, der Frauenpolitische Rat und seine Mitgliedsorganisationen, kämpfen für die rechtliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Gleichstellung sowie Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben aller – frei von Diskriminierung und Gewalt.

Deshalb rufen wir dazu auf, die frauenpolitische Definitionsmacht nicht den Rechtspopulisten zu überlassen. Stellen wir uns gemeinsam den Hetzreden der AFD und ihren Mitläufern entgegen:

**Am Freitag, den 22. Januar 2016, ab 16.30 Uhr,
Potsdam, Breite Straße 1A, auf der Freifläche vor dem Filmmuseum.**

Ansprechpartnerin für die Presse:

Ulrike Häfner, 1. Sprecherin, mobil 0177.3505139

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. ist der als gemeinnützig anerkannte Zusammenschluss von 22 Frauenverbänden, -organisationen und -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien im Land Brandenburg. Das überparteilich und überkonfessionell arbeitende Gremium vertritt die Interessen von rund 150.000 organisierten Frauen gegenüber Parteien, Gremien, der Landes- und Bundesregierung und der Verwaltung. Hervorgegangen aus dem Frauenpolitischen Runden Tisch wurde der Landesverband 1992 gegründet. Ziel des Frauenpolitischen Rates ist die Verbesserung der Situation von Frauen im Arbeitsleben, in der Politik und in ihrem gesamten sozialen Umfeld.